

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	3. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	21. Oktober 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

24.

Punkt 18 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadtwerke Karlsruhe GmbH an der Projektgesellschaft Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG

Vorlage: 2014/0105

dazu:

Änderungsantrag der Stadträte Marc Bernhard und Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 20. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0212

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Kommanditbeteiligung der Stadtwerke Karlsruhe GmbH an der Projektgesellschaft Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG mit einer Beteiligungsquote von einem Drittel zu.
2. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass durch Rechtsaufsichtsbehörde, IHK, Registergericht, Notar oder Finanzverwaltung gewünschte Anpassungen des Gesellschaftsvertrages nicht grundsätzlicher Art von der Verwaltung vorgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Bei 3 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung.

Änderungsantrag: 3 Ja-Stimmen, ansonsten Ablehnung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich muss leider feststellen, dass die Investition in Windparks hier bei uns im Herzen Europas, im Binnenland, ein Projekt ist, das eigentlich der Vergangenheit angehört. Wir haben bereits ungefähr 35.000 Megawatt an installierter Windkraft in Deutschland. Leider liefern diese Windkraftanlagen nur sehr selten Strom.

(Heiterkeit bei **Stadtrat Dr. Fischer/KULT:** Da muss man einmal über "selten" diskutieren!)

Beispielsweise hat Herr Günther Oettinger in seiner Rede zur Eröffnung des RDK 8 darauf hingewiesen, dass von 8.766 Stunden, die das Jahr hat, nur über 2.000 Stunden Windkraft ins Netz geliefert werden. Das heißt also, ich muss diese Leistung mit anderen Kraftwerken vorhalten für die Zeit, in der kein Wind weht.

Es ist inzwischen auch wissenschaftlich erwiesen, dass Deutschland einfach zu klein ist, als dass die Windkraftanlagen voneinander entkoppelt wären. Das heißt in anderen Worten: Wenn es weiter im Norden keinen Wind hat, hat es in der Regel bei uns auch keinen. Die Distanz für eine Entkopplung müsste 1.000 km betragen. Was dazu kommt: Wenn man sich die Windkarten anschaut, dann sieht man, dass wir hier im Herzen Europas in einem Bereich sind, in dem sehr wenig Wind weht. Die beiden Standorte Rheinland-Pfalz und Hessen, um die es hier geht, sind nicht allzu weit weg, d. h., die liegen auch noch in diesem Bereich.

Es gibt seit kurzem ein Gutachten, von unserem Landesumweltminister Franz Untersteller in Auftrag gegeben. Da haben die Universität Stuttgart und das Deutsche Institut für Luft und Raumfahrt untersucht, wie bei uns die Versorgungssicherheit ist, und dabei auch die verschiedenen Anteile der verschiedenen Energien berücksichtigt. Sie haben dabei einen optimistischen und einen pessimistischen Ansatz gewählt. Im optimistischen Ansatz sind 5 % der installierten Windkraft verfügbar. Im pessimistischen Ansatz ist gerade einmal 1 % der installierten Windkraft verfügbar, weil im Zweifel dann kein Wind weht, wenn dann auch ansonsten wenig Strom im Netz ist. Das heißt mit anderen Worten, diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es frühestens 2018, spätestens jedoch 2021 nicht nur im Süden der Republik, sondern in ganz Deutschland zu temporären Versorgungslücken kommen kann. Franz Untersteller folgert daraus: "Für mich belegt das Gutachten, dass wir uns dringend mit der künftigen Struktur des Strommarktes befassen müssen." Die Leute, die sich also mit diesen Dingen beschäftigen, stellen fest, dass es für die Versorgungssicherheit nicht sinnvoll ist, weitere Windkraftanlagen zu bauen.

Jetzt komme ich zu einem Bericht, den man im Magazin "Report Mainz" vor kurzem im Fernsehen sehen konnte, nämlich am 23. September. Das Thema lautete "Warum Ökoenergie für Stadtwerke oft ein Verlustgeschäft ist". Windenergie ist sauber und gilt wegen der Subvention als lukrativ. Doch die meisten Windräder im Binnenland sind ein Verlustgeschäft. Vielen Stadtwerken kommt das teuer zu stehen. Das ist genau dieselbe Situation, wie hier bei uns. Da wird am Beispiel der Stadtwerke Mainz und der Stadtwerke Erlangen behandelt, was passieren kann, wenn man Windkraftanlagen baut.

Bei den beiden Anträgen, die uns hier vorliegen, geht es nicht darum, dass da schon Windkraftanlagen stehen, die wir dann kaufen, sondern wir wollen da Windkraftanlagen bauen. In Ihrer Vorlage steht drin, dass die erst in den nächsten Jahren gebaut werden und dass wir bisher nur Gutachten haben, die sagen, dass genug Wind weht. Genau die gleiche Situation beschreiben die Stadtwerke Erlangen und Mainz in diesem Report und sagen, dass sie auf der Basis dieser Gutachten von einem Ertrag bis zu 8,5 % jährlicher Rendite ausgegangen sind. In Wirklichkeit haben sie nur Verluste gemacht, im Fall von Erlangen jedes Jahr 3 Mio. €, also genau die gleiche Situation wie bei uns. Es gibt ein Gutachten, auf dessen Basis Windkraftanlagen gebaut werden sollen,

so wie bei uns auch. Die Lage ist grundsätzlich nicht so ganz verschieden, auch hier in der Mitte Deutschlands, wo relativ wenig Wind weht.

Deswegen ist sehr zweifelhaft, ob es eine gute Entscheidung ist, diese Windkraftanlagen zu bauen. Stattdessen würde ich dafür plädieren, in Wasserkraft zu investieren, weil Wasserkraft, auch wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, zur Verfügung steht, zumindest zum größten Teil. Ich weiß, dass in Deutschland im Moment keine zusätzliche Wasserkraft verfügbar ist. Aber in unseren südlichen Nachbarländern Österreich und Schweiz gibt es Firmen, die gerne mit uns Verträge machen, um uns Wasserkraft zu verkaufen, beispielsweise die Elektrizitätswerke der nordschweizerischen Kantone. Die bieten das an, auch für Deutschland. Das wäre aus meiner Sicht eine Alternative. Auch eine, die letztendlich dazu führt, dass unser Strom ein Stückweit sicherer wird.

Denn im Moment ist es so: Durch den Zubau von Windkraft, die nur phasenweise verfügbar ist, die aber vom Stromkunden subventioniert wird, verdienen wir im Erfolgsfall Geld auf Kosten der Stromkunden. Das ist übrigens nicht nur meine Aussage, sondern auch die Aussage der Verbraucherorganisation des Landes Baden-Württemberg. Das kann man auch in diesem Reportbericht sehen. Die sagen, sie lehnen Windkraftinvestitionen von städtischer Seite grundsätzlich ab, weil diese Renditen immer nur auf der Basis von Subventionen zustande kommen. Das heißt mit anderen Worten, der Stromkunde bezahlt die Stadtwerke.

Aus den Gründen plädiere ich dafür, die beiden Anträge abzulehnen.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Stellvertretend für beide Änderungsanträge, die jeweils die Windkraftprojekte betreffen, kann ich dem Ansinnen der beiden Stadträte der AfD nicht zustimmen. Ich bewundere es durchaus, dass Sie versuchen, sich mit der Materie auseinanderzusetzen.

(Zurufe, Heiterkeit)

Sie machen aber im Moment gerade eine isolierte Betrachtung. Denn gerade bei den regenerativen Energien ist es der Fall, dass Sie sich nicht nur eine einzelne regenerative Energieform, wenn Sie um die Versorgungssicherheit besorgt sind, anschauen sollten, sondern dass Sie immer auch einen breiten Mix aus regenerativen Energien anstreben sollen, um im Verbund - man nennt das dann eventuell auch "virtuelle Kraftwerke" - dann zu einer Versorgungssicherheit zu kommen.

Das Zweite ist: Die Stadtwerke haben sich in ihrem Strategieprozess überlegt, dass sie den Windkraftenergieanteil durch Beteiligungen - weil es auf der eigenen Gemarkung nicht möglich ist - auf 50 MW ausbauen möchten. Diese zwei Beteiligungen, die jetzt angestrebt werden, passen in dieses Konzept.

Sie haben gerade eben ausgeführt für Bad Camberg, dass hier nur Berechnungen vorliegen würden. Jetzt ist es so, wenn Sie die Vorlage genau anschauen, dass man als Referenz eine unmittelbar in Nachbarschaft befindliche Altanlage genommen hat, d. h., die ist schon da. Da wissen wir definitiv, wie viel Windertrag da war. Das lässt sich dann

auch auf das neue Modell hochrechnen. Bei Kerzenheim ist es sogar so, dass es sich um Repowering handelt. Dementsprechend wissen wir auch, was für ein Ertrag dort da war.

Die Wirtschaftlichkeit bzw. die Gesamtkapitalrendite im Fall von P 50, d. h., in einer Ertragsituation, die mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar noch übertroffen wird, liegt im einen Fall bei 5,8 %, im zweiten Fall liegt sie sogar noch darüber, weil wir durchschnittliche Windgeschwindigkeiten von 5,5 m/s in Bad Camberg und sogar von 6,7 in Kerzenheim haben.

Nach bestem Wissen und Gewissen wurde jetzt durch die Stadtwerke alles getan, um eine Beteiligung zu tätigen, die sich a) wirtschaftlich rechnet und b) in das Konzept hinein passt, die Stadtwerke Karlsruhe zukünftig noch viel stärker als schon in der Vergangenheit zu einem ökologischen und versorgungssicheren Dienstleister weiter auszubauen. Dementsprechend möchten wir diese Beteiligung auch unterstützen. Ich persönlich habe das auch im Aufsichtsrat der Stadtwerke getan. Wir lehnen sowohl jetzt unter Punkt 18 den Änderungsantrag der AfD ab, als auch dann im nachfolgenden Tagesordnungspunkt, wenn es um die Beteiligung in Kerzenheim geht.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Vieles ist von Herrn Geiger gesagt worden. Hier geht es nicht darum, dass wir jetzt eine Grundsatzdiskussion über Windkraft auf diesem Globus generell anstellen. Dann kommen noch andere Fragen dazu, wie Transportkapazitäten. Das müssten wir alles in dem Zusammenhang diskutieren, auch Offshore, Onshore und all diese Fragen.

Hier geht es darum: Die Stadtwerke Karlsruhe haben nach vielfacher Prüfung auch auf Wasserenergie gesetzt. Das darf man nicht vergessen. Es wurden auch von der Wasserenergie Sachen abgelehnt. Die fünfte Turbine, die gebaut werden sollte von den Stadtwerken, wurde von Frankreich abgelehnt. Es ist also nicht so, dass man sagt: Windenergie ist das Heiligtum, nur das machen wir. Sondern es wird versucht, den Energiepool der erneuerbaren Energien zu füllen.

Es gibt einen einstimmigen Beschluss des Aufsichtsrats, zu sagen, wir möchten 50 MW. Das ist heute das, was zur Diskussion steht. Wir möchten diesem Ziel, 50 MW bis 2020, näher kommen. Hier sind jetzt zwei Objekte angegeben, die hinein passen und die nach allen Berechnungen - wir haben es bei den Stadtwerken erlebt, es sind solide Berechnungen - wirtschaftlich, ökologisch und ökonomisch sind. Deswegen sollte man diesen zustimmen. Man muss wissen, dass man nicht eines machen kann und das andere lassen, d. h. nicht, dass wir uns in absehbarer Zeit mit Wasserkraft irgendwo beteiligen können. Es ist nicht die Frage, dass man sagt, es ist nur die Windenergie. Alles gehört in dieses Portfolio hinein.

Aber heute stehen die zwei Anlagen zur Debatte, denen wir zustimmen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Zeh (SPD): Einer der wenigen Sätze, dem ich zustimmen konnte bei Herrn Dr. Schmidt, war: Wir sollten auch mehr in Wasserkraft investieren. Da habe ich nichts dagegen. Aber es geht hier ganz deutlich - die beiden Kollegen haben es schon gesagt - um Mehrausbau von regenerativen Energien. Die SPD steht ganz klar für den Atomausstieg. Hier muss ganz klar auch mehr in regenerative Energien investiert werden.

Zu einem Argument möchte ich auch noch anfügen: Es sind sehr viele Kunden der Stadtwerke, die mehr Geld zahlen, damit regenerative Energien geliefert werden. Auch die müssen durch ein entsprechendes Investment befriedigt werden. Es muss gezeigt werden, jawohl, die Stadtwerke machen auch etwas.

Deshalb lehnen wir den Änderungsantrag der AfD in beiden Punkten auch ab und sind für den Ausbau der regenerativen Energien bei den Stadtwerken. Die Stadt Karlsruhe selbst muss natürlich auch einen Beitrag leisten mit dem KIT im Bereich der Energieforschung. Da ist das Thema "Speicherung von Energien", dass dann Bedarf und Erzeugung besser in Einklang kommen. Hier kann man sicherlich auch noch einiges leisten. Aber das steht heute nicht zur Debatte. In diesem Sinne stimmen wir für die Anträge der Stadtwerke bzw. der Verwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte gern auf die Beiträge, die in der Zwischenzeit gekommen sind, antworten.

Beim Repowering ist es so, dass kleinere Windkraftanlagen durch größere ersetzt werden. Das Ziel beim Repowering ist, den finanziellen Gesamtertrag zu erhöhen. Der Nachteil dabei ist, dass die größeren Anlagen erst bei größeren Windgeschwindigkeiten wirklich nennenswert Leistung bringen, d. h., wenn man wirklich schon bei niedrigen Geschwindigkeiten Leistung haben wollte, was besser wäre für die Versorgungssicherheit, dann müsste man bei den alten Anlagen bleiben. Das wird aber nicht gemacht. Stattdessen werden größere Anlagen gebaut. Sie brauchen höhere Windgeschwindigkeiten, um überhaupt Strom zu erzeugen, d. h., es ist eigentlich schlechter für die Versorgungssicherheit.

Übrigens: Windkraft trägt überhaupt nicht zur Versorgungssicherheit bei, weil sie an vielen Tagen im Jahr gar nicht zur Verfügung steht. Es ist einfach so bei uns in Deutschland. Ich habe auch ein Beispiel hier im Text, wo praktisch gar keine Windkraft vorhanden war, d. h., von Versorgungssicherheit können wir an der Stelle nicht reden. Ich habe ein Beispiel genannt: Anfang Januar 2013, wo praktisch gar keine Windkraft im Netz war, weil einfach kein Wind geweht hat. Wenn wir die Kernenergie ersetzen wollen, dann brauchen wir dazu Grundlastkraftwerke. Dafür ist beispielsweise Wasserkraft geeignet.

Es kommt in diesem Beitrag vor. Ich empfehle jedem, sich den einmal anzuschauen. Da war es genauso. Am Ende des Berichtes wurden noch einmal die Stadtwerke gefragt: Warum habt Ihr diese Investitionen eigentlich gemacht? Sie haben gesagt: Wir hatten ein Gutachten, da stand das drin. Dies hat sich als fehlerhaft erwiesen. Wir hatten den

Auftrag vom Stadtrat. Letztendlich haben wir deswegen diese Investition vorgenommen.

Worauf ich noch einmal hinweisen wollte, das hat sich in der Diskussion auch ergeben: Niels Nauhauser, der Finanzexperte der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, den ich vorhin meinte, weist darauf hin, dass sie die ganze Zeit schon dagegen sind, dass Stadtwerke in Windkraftprojekte investieren, weil nämlich diese Windkraftprojekte nur durch die Zuschüsse, die aus dem Strompreis kommen, überhaupt lukrativ sind. Die Stadt lebt von dem, was die Stromkunden mehr bezahlen müssen.

Der Vorsitzende: Wenn wir jetzt so weiterdiskutieren, kommen wir zu keinem Ergebnis. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir akzeptieren - -

(Zuruf **Stadtrat Cramer/KULT**)

- Das ist doch in Ordnung, Herr Cramer.

Es geht nur darum, dass ich feststelle, Herr Dr. Schmidt, Sie haben gesagt, es ist ein Beitrag zur Versorgungssicherheit. Dem hat keiner widersprochen, sondern alle haben gesagt, es ist eine gute Finanzierungsquelle, Strom regenerativ herzustellen. Sie haben gesagt, man weiß nicht, wie dort der Wind weht. Herr Geiger hat nicht gesagt, dass Repowering in jedem Fall richtig ist, sondern er hat darauf verwiesen, dass man durch die Existenz eines Windkrafttrades dort von der Windgeschwindigkeit weiß und es von daher nicht nur auf einem Gutachten beruht.

Insofern sind die Argumente ausgetauscht. Ich würde jetzt wirklich bitten, dass wir zur Entscheidung kommen. Die Anregung mit der Wasserkraft können wir gerne weitergeben. Ich kenne dieses Schweizer Modell nicht. Da können einmal an die Stadtwerke hingehen uns sich das anschauen.

Unabhängig davon steht jetzt diese Vorlage zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen für den Änderungsantrag. Da gibt es drei Zustimmungen, der Rest ist mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommen wir zur eigentlichen Vorlage. Da bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist genau umgekehrt, 3 Ablehnungen, ansonsten Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
12. November 2014